

Seit Ende Juli auf Stimmenfang im Wahlkreis: Beate Müller-Gemmeke am Infostand vor dem Spitalhof. Bild: Haas

Die Probleme aufzeigen

Bundestagswahl Die Reutlinger Grünen-Abgeordnete Beate Müller-Gemmeke im TAGBLATT-Gespräch über Opposition, Tarifeinheit und Umfragen. *Von Matthias Reichert*

Opposition sei Mist, hat Franz Müntefering (SPD) einmal gesagt. Diesen Satz kann Beate Müller-Gemmeke nicht unterschreiben. Ihre Arbeit sei extrem wichtig, um Themen zu setzen, zu kontrollieren und die Regierung zu entzaubern. Obwohl sie auch gerne mitgestalten würde, räumt sie ein.

Die 56-Jährige sitzt seit acht Jahren im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales und ist Sprecherin ihrer Fraktion für Arbeitnehmerrechte. Ein Höhepunkt der vergangenen vier Jahre war für sie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Tarifeinheitsgesetz, mit dem die Große Koalition in Berlin die Rechte kleiner Gewerkschaften einschränken wollte.

Die Karlsruher Richter fordern, die Koalitionsfreiheit für Gewerkschaften müsse umgestaltet werden, weil dadurch kleine Gewerkschaften beeinträchtigt seien. Diese Passagen des Gesetzes seien nicht verfassungsgemäß. "Ich habe gewusst, das geht nicht durch", sagt die Reutlinger Abgeordnete. Die geforderten Nachbesserungen würden schwierig, die nächsten Klagen seien programmiert: "Das Gesetz läuft ins Leere. Man sollte die Finger davon lassen", so Müller-Gemmeke.

Jedenfalls habe die Bundesregierung mit dem Gesetz nicht verhindern können, dass kleine Gewerkschaften weiter für ihre Forderungen streiken dürfen. Die 56-Jährige hat sich gründlich mit

der komplexen Materie auseinandergesetzt. "Ich bin von Juristen darauf angesprochen worden, dass ich eine der wenigen sei, die das Urteil verstanden hätten", blickt sie zurück. "Für mich war das ein Thema, in das man sich richtig hineinknien kann" - und sicherlich ihr Highlight der Legislaturperiode.

36 Reden hat Müller-Gemmeke in den vergangenen vier Jahren vor dem Bundestag gehalten. Dass die Grünen bundesweit in den Umfragen bei nur acht Prozent liegen, sieht sie gelassen. "Nach der Landtagswahl in Baden-Württemberg hatten wir 12 bis 13 Prozent. Die Leute trennen nicht zwischen Bundes- und Landespolitik." Natürlich habe man es bei einer so großen Regierungskoalition schwer, als Opposition wahrgenommen zu werden. Zudem machten die Grünen immer wieder durch interne Querelen von sich hören. "Da ist bei uns viel Potenzial. Wir sind eine streitbare Fraktion. Wir diskutieren das aus."

Immer wieder kollidierten auch Interessen der grün-schwarzen Landesregierung mit bundespolitischen Forderungen der Grünen - Stichwort Elektroautos und der Dissens zwischen Ministerpräsident Winfried Kretschmann und der Bundespartei. Dass die Spitzenkandidaten Cem Özdemir und Katrin Göring-Eckardt nicht unumstritten sind, will Müller-Gemmeke nicht kommentieren: "Es stellen sich Leute zur Wahl. Die Basis hat entschieden, und dann ist das so."

Im Wahlkampf will die Abgeordnete auf Probleme aufmerksam machen. Etwa den Klimawandel: "Wenn wir nichts machen, haben wir es weltweit mit Fluchtbewegungen zu tun, die heute nicht vorstellbar sind." Oder soziale Ungleichheit: 10 Prozent der Deutschen besitzen mehr als 50 Prozent des Vermögens. "Wir sind ein reiches Land mit 2,5 Millionen armen Kindern, das ist beschämend." Nötig seien auch Reformen der Rente.

Welcher Stimmung begegnet sie in ihrem Wahlkreis? "Ich glaube, dass mehr über Politik geredet wird", sagt die Kandidatin. Wobei sie nicht das Gefühl habe, dass der Wahlkampf gerade voll entbrannt sei - obwohl sie seit Ende Juli auf dem Marktplatz stehe.

"Wahlen werden immer öfter erst kurz vor knapp entschieden": Regelmäßig wird Müller-Gemmeke zu möglichen Regierungskonstellationen nach der Wahl befragt. Sie selbst würde Rot-Rot-Grün bevorzugen: "Ich bin eine Sozial- und Arbeitnehmerpolitikerin und sehe, dass ich damit mehr erreichen könnte." Jedenfalls müsse Schwarz-Gelb "nicht noch einmal sein". Sollten es mit der AfD sechs Fraktionen im Bundestag werden, sei die Regierungsbildung freilich schwieriger. Nach der Wahl solle "maximal viel Grün" die Berliner Politik bestimmen: "Wir werden ein Wahlergebnis haben, und damit müssen wir umgehen."

Auch wenn in den vergangenen Jahren viele Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind, hätten die Menschen mittlerweile gemerkt, dass sich ihr Leben dadurch "nicht um 180 Prozent verändert" habe. Entsprechend hält Müller-Gemmeke wenig von den Äußerungen des Tübinger OBs und Grünen-Politikers Boris Palmer. Dieser bringe "einen falschen Zungenschlag" in die Debatte: "Wir müssen doch über Integration reden."